

# Gendiagnostik-Gesetz sollte enger gefasst werden

Die Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Ursula Heinen hält bloße Beratung für unzureichend.

VON MICHAEL HESSE

## Köln

- Jürgen Rüttgers (CDU) erhält in seiner Kritik am geplanten Gendiagnostik-Gesetz Unterstützung. Die Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Ursula Heinen fordert wie auch der Ministerpräsident Änderungen im Gen-Gesetz: "Jürgen Rüttgers hat recht, wenn er sagt, dass im Gendiagnostik-Gesetz eine Verbindung zwischen Gentests an spätmanifesten Krankheiten und Spät- abtreibungen herstellbar ist", sagte die Staatssekretärin im Verbraucherschutzministerium dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Rüttgers hatte einen Paragrafen des Gendiagnostikgesetzes kritisiert, der diesen Zusammenhang herstellt: "Ein Embryo darf genetisch auf ein Alzheimer-Risiko getestet und abgetrieben werden." Dabei wisse niemand, ob und wann die Krankheit ausbreche. "Dies rüttelt an den Grundfesten unseres Menschenbildes." Dafür war Rüttgers von CDU-Politikern, aber auch von den Grünen kritisiert worden, die diesen Zusammenhang als sachlich falsch darstellten. "Das Gendiagnostik-Gesetz", sagte Ursula Heinen, "muss enger gefasst werden, als es derzeit beabsichtigt ist." Gentests an werdendem Leben im Mutterleib sollten untersagt werden, wenn es sich um spätmanifeste Krankheiten handelt. Als eine solche gilt etwa das "Corea-Huntington-Syndrom", eine dominant vererbte Krankheit, deren Symptome sich in der Regel erst bei Patienten über 30 Jahren zeigen. Ursula Heinen will "entweder das Gendiagnostik-Gesetz in diesem Punkt schärfer fassen oder die Spätabtreibungen restriktiver gesetzlich behandeln".

Ein Beratungsangebot für schwangere Frauen, wie es von der CDU geplant ist, reiche nicht aus, sagt sie. "Die Frage ist doch, was fängt man mit dem Wissen an." Die Erkenntnis über mögliche Schäden beim Kind führe wahrscheinlich nicht zu einer Entscheidung über eine Therapie, sondern zu einer Lebensentscheidung, sprich Spätabtreibung. Die Tests seien zudem oftmals nicht sicher genug. Für werdende Mütter sei das Wissen über eine mögliche späte Krankheit des Kindes daher eher belastend. "Von Anfang an leben Frauen dann mit einem Damoklesschwert."

Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach kündigte einen Gesetzentwurf zur Neuregelung von Spätabtreibungen an. Danach sollen Frauen, die wegen der Gefahr einer schweren Beeinträchtigung ihrer körperlichen oder seelischen Gesundheit einen Schwangerschaftsabbruch nach der 12. Woche

wünschen, zwingend ein Beratungsangebot eines qualifizierten  
Mediziners erhalten.